



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER APRIL 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

und sie funktioniert doch! Ich rede von der Tarifautonomie. Die Lokführer haben sich mit der Bahn geeinigt und das Bodenpersonal mit der Lufthansa. Tarifpolitik ist gelebte Demokratie zwischen den Tarifvertragsparteien. Im Grundgesetz Artikel 9 ist die Vereinigungsfreiheit fest verankert. Ein noch so harter Arbeitskampf findet ein Ende und einen Kompromiss. Ich bin darüber sehr stolz und trete seit meiner Jugend für starke Gewerkschaften ein. Nun gibt es viele Besserwisser, die das Streikrecht einschränken oder am liebsten abschaffen wollen. Ich sage: „Finger weg vom Streikrecht.“ Das habe ich auch sehr deutlich der Presse gesagt. Insbesondere die SZ hat das mehrfach berichtet.

Wer sensible Infrastruktur schützen will, der muss dort Beamte einsetzen. Staatsdiener dürfen nicht streiken. Das war bei der Bahn so, das war bei der Post so und in vielen anderen Bereichen. Das Streikrecht ist das einzige Mittel für die Beschäftigten, damit Ihre Interessen gehört werden. Ohne das Streikrecht würden sie zu Bittstellern.

Deutschland hat kein Problem mit zu langen Streiks, sondern eher mit zu langen Grußworten. Das habe ich in meiner Rede letzten Freitag am Redepult des Deutschen Bundestages auch so gesagt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und ein frohes Osterfest.

Bernd Rützel

3



Rentenpaket II

4



Veranstaltungen im April



Ich wünschen Ihnen und Euch frohe Ostern!

KLARTEXT

BETRIEBSRÄTEVERGÜTUNG



Betriebsräte dürfen nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt werden.

Die Ampel stellt gesetzlich klar, welche Vergütung Betriebsräte erhalten dürfen.

Nach einem Gerichtsurteil

war es zu Unsicherheiten gekommen – manche Unternehmen haben daraufhin ihren Betriebsräten die Vergütung gekürzt. Das muss anders werden und deswegen handeln wir. Hubertus Heil hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, der im ersten Halbjahr 2024 verabschiedet und in Kraft treten soll.

Wir sind den Betriebsrätinnen und Betriebsräten für ihre Arbeit dankbar. Sie machen einen wichtigen Job, sie machen ihn gerne und mit viel Engagement und

sie machen ihn oft jahrzehntelang. Dasselbe gilt für die Kolleginnen und Kollegen in den Personalräten. Mitbestimmung stärkt, hilft und fördert: Sie stärkt die Demokratie – nämlich durch das gemeinsame Abwägen, das Kompromisse-Finden, das gegenseitige Zuhören und das Suchen nach Lösungen. Sie hilft bei der Integration vieler Menschen, die zu uns kommen, um in der Arbeitswelt und dadurch in der Gesellschaft ihren Platz zu finden. Mitbestimmung fördert Gesetzestreue. Es wird geguckt, ob der Mindestlohn eingehalten wird. Es wird geguckt, ob die Arbeitszeit eingehalten wird und vieles, vieles mehr.

Es kann nicht sein, dass dieser Einsatz sich negativ für die Betriebsräte auswirkt – auch und gerade mit Blick auf ihre Gehälter. Und deshalb braucht es diese gesetzliche Klarstellung, die wir jetzt angehen.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE ✂

FAKTEN ZUM BÜRGERGELD

Die CDU verbreitet immer wieder die gleichen Unwahrheiten über das Bürgergeld. Was da aktuell als „Alternative“ von Merz & Co. propagiert wird, ist plumpe Stimmungsmache. Wir setzen Fakten dagegen:

- Wir haben das Bürgergeld zusammen mit der CDU im Bundestag beschlossen.
- Es gibt kein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland. Und wir streben das auch nicht an.
- Das Ziel des Bürgergeldes ist, Menschen dauerhaft in gute Arbeit zu vermitteln.

- Die Reform des Bürgergeldes wirkt: Noch nie waren mehr Menschen in sozialpflichtiger Arbeit.
- Es gibt beim Bürgergeld klare Pflichten zur Mitwirkung, zur Suche von Jobs und vieles mehr.
- Wer sich total verweigert, bekommt schon jetzt das Geld gestrichen.

Aber es ist natürlich einfacher, keine konstruktiven Antworten und Ideen zu liefern, sondern stattdessen weiter rumzustänkern, Menschen gegeneinander aufzustacheln und vor allem die dauerhafte Armut von Kindern und Eltern zu zementieren.



RENTE

RENTENPAKET II VORGESTELLT

Die Ampel-Koalition sorgt dafür, dass die Rente stabil bleibt: Wer lange gearbeitet hat, muss auch im Alter davon leben können.

Mit dem Rentenpaket II, das nun vom Kabinett beschlossen und dann im Bundestag diskutiert wird, setzen wir dieses Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um: Das Rentenniveau wird bei mindestens 48 Prozent stabilisiert. Damit wird auch dafür gesorgt, dass die Renten weiterhin mit den Löhnen steigen und Rentnerinnen und Rentner an der Wohlstandsentwicklung teilhaben werden.

Durch die langfristige Sicherung des Rentenniveaus haben auch junge Menschen die Garantie, dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordentliche Rente bekommen. Wir stärken die gesetzliche Rente und geben damit Sicherheit im Alter – auch für die jüngere Generation. Dieser kluge Weg bei der Altersvorsorge

Was mir beim Rentenpaket II wichtig ist:

- Wir werden auf keinen Fall das Renteneintrittsalter erhöhen - 67 ist eh schon sehr lange.
- Wir stabilisieren die Rente für zukünftige Rentnerinnen und Rentner. Das sind die, die jetzt in die Rentenkasse einzahlen.
- Wir bleiben bei der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Die gesetzliche Rente ist und bleibt die Altersversorgung für Millionen Menschen.

ist ein sehr sozialdemokratischer, denn wir wissen, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Altersvorsorge in Deutschland ist. Ohne Bundeskanzler Scholz gäbe es diese Stabilität in der Rente nicht. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ist der Garant, dass dieses sozialdemokratische Versprechen umgesetzt wird.

CDU-Plänen zu Rentenkürzungen und einer Rente erst mit 70 erteilen wir mit diesem Paket eine klare Absage.



THEMENWOCHE

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

2024 steht die Themenwoche der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Motto „Das Leben leichter machen“. Im April sind die SPD-Abgeordneten unter diesem Motto auf Tour durch ihre jeweiligen Wahlkreise.

Für mich nichts Neues, meine Reihe „Brotzeit, Bier & Politik“ läuft sehr erfolgreich seit 2013. Dort geht es genau darum: Was die Menschen konkret bewegt, wie Politik konkret helfen kann, um das Leben jedes Einzelnen besser zu machen. BBP dauert wie ein Fußballspiel 90 Minuten, die Gäste bestimmen die Themen. Ich bringe die Zeit mit und spreche Klartext, wir treffen uns zwanglos in einer Gastwirtschaft zum Austausch und wer will, kann Brotzeit, Bier und alle anderen Getränke selbstzahlend bestellen. Der richtige Rahmen also für ein lockeres Gespräch.

Und weil am 9. Juni die Europawahl ansteht, ist auch unser unterfränkischer **Europa-Kandidat Tanyel Taş** bei einigen meiner Veranstaltungen mit dabei. Denn auch auf europäischer Ebene geht es uns darum, das Leben der Menschen leichter zu machen. Herzliche Einladung zu diesen Terminen im April:

Di, 16.04., 19.30 Uhr

Aschaffenburg, Herstattstr. 3, Wirtshaus Wurstbendel
Brizza, Baba & Bier mit Bernd
und Manuel Michniok

Do, 18.04., 18.30 Uhr

Gambach, „Wirtshaus zum Edelweiss“, Löhleinstr. 1
Brotzeit, Bier & Politik mit Bernd und Tanyel Taş

Fr, 19.04., 19 Uhr

Karlstein, Gaststätte „Mainperle“, Untergartenweg 5
Brotzeit, Bier & Politik mit Bernd

BETRIEBSRÄTE

GESPRÄCH MIT WISSENSCHAFTLER

Regelmäßig tausche ich mich mit den Personal- und Betriebsräten aus meiner Region aus. Du bist auch Arbeitnehmervertreter und hast noch keine Einladung bekommen? Dann melde Dich bei mir!

Diesmal habe ich einen hochkarätigen, spannenden Gast für unser Gespräch gewinnen können:

Mo, 15.04., 17-18 Uhr, online

Betriebs- und Personalrätegespräch

„Arbeit, Alter, Gesundheit und Erwerbsteilhabe“
- Was muss sich ändern, damit Menschen länger arbeiten können, wenn sie dies wollen?

Viele Unternehmen finden nicht genügend qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte. Mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand wird die Zahl der Erwerbspersonen weiter deutlich zurückgehen. Viele – aber nicht alle – Babyboomer könnten länger arbeiten und würden dies auch unter entsprechenden Voraussetzungen tun. Welche sind das - und wie ist die Situation in Euren Betrieben?

Einen Input wird **Prof. Dr. med. Hans Martin Hasselhorn** von der Bergischen Universität Wuppertal geben. Sein Forschungsschwerpunkt: „Arbeit, Alter, Gesundheit und Erwerbsteilhabe“. Bei uns wird es um die Frage gehen, welche Arbeitsfaktoren dazu beitragen, wann Beschäftigte aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Gebt die Einladung gerne an Interessierte weiter und meldet Euch zum Austausch an, dann mailen wir Dir den Link für die Online-Schalte zu: bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de oder Tel. 09351 6036563



Jasmin777 | pixabay.de



dipakpatel_in | pixabay

ORGANSPENDE

ONLINE-REGISTER GESTARTET

Die Bundesregierung bringt das erste Online-Organ Spenderegister an den Start. Das zentrale Verzeichnis ermöglicht erstmals, rechtlich verbindlich zu dokumentieren, ob man bereit ist, nach dem Tod Organe oder Gewebe zu spenden. Und die Zeit drängt: Die Zahl der Organspenden ist zu niedrig. Was bisherige Gesundheitsminister nicht angepackt haben, hat Lauterbach nun auf den Weg gebracht.

Ab Juli 2024 sind alle Entnahmekrankenhäuser an das Organ Spenderegister angeschlossen, bis September können Versicherte ihre Spendenbereitschaft auch über ihre Krankenkassen-App melden. Das wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Menschen zu Lebzeiten eine eigene aktive Entscheidung treffen.

Das neue Register kann dabei helfen, die Zahl der Spenden zu erhöhen. Es darf jedoch nicht die einzige Anstrengung bleiben. Wir brauchen dringend mehr Aufklärung und verlässliche Informationen, um den Menschen die Angst vor einer Spende zu nehmen.

2022 wurden 3.372 Organe transplantiert, dem gegenüber stehen etwa 8.500 Menschen, die auf ein Spenderorgan warten.

LIEFERKETTEN

EUROPÄISCHES GESETZ KOMMT

Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, ein gemeinsames Lieferkettengesetz auf den Weg zu bringen. Große Unternehmen sollen künftig verpflichtet sein, sorgfältig mit den sozialen und ökologischen Auswirkungen entlang ihrer Wertschöpfungskette umzugehen.

Das ist gut für die Menschenrechte und gut für die deutsche Wirtschaft. Denn Deutschland hat bereits ein solches Gesetz, unsere Firmen sind daran gebunden. Nun wird das für ganz Europa gelten, was die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Unternehmen wieder herstellt.

Deutschlands Vorreiterrolle und das Verhandlungsgeschick des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales haben diesen Erfolg ermöglicht.

Dass Deutschland der Richtlinie am Ende nicht zustimmen durfte, mutet absurd an, ändert aber nichts am Erfolg des Lieferkettengesetzes. Wir haben auf europäischer Ebene gezeigt, dass es auch trotz Blockade der FDP gelingt, soziale Politik zu machen.



Jasmin777 | pixabay.de

WIRTSCHAFT

WACHSTUMSCHANCEGESETZ

Der Bundesrat hat dem Wachstumschancengesetz zugestimmt. Damit ist nach einer langen Blockade der Union der Weg frei für steuerliche Impulse zugunsten von Investitionen und Innovationen (siehe hierzu auch mein KLARTEXT auf Seite 2!).

Das Entlastungsvolumen für die Unternehmen ist mit 3,2 Milliarden Euro zwar niedriger als von der Bundesregierung ursprünglich geplant. Die Maßnahmen leisten aufgrund ihrer hohen Zielgenauigkeit trotzdem einen wichtigen Beitrag zur Wachstumsstärkung:

- Mit der befristeten Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter und der deutlichen Ausweitung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen setzen wir direkt wirksame Investitionsanreize.
- Die degressive Abschreibung für den Wohnungsbau und umfassende Verbesserungen der Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau stabilisieren die Baubranche.
- Die Anhebung und Ausweitung der Forschungszulage stärkt die Forschung und Entwicklung in den Unternehmen.

- Wichtig ist auch die im Gesetz enthaltene Änderung der Rentenbesteuerung, mit der eine drohende Doppelbesteuerung von Renten vermieden wird. Durch einen geringeren Anstieg des Besteuerungsanteils der Renten erfolgt eine vollständige Besteuerung der Rente erst für den Rentnerjahrgang 2058.
- Durch die Einführung der Elektronischen Rechnung und Regelungen gegen unfaire Gewinnverlagerungen ins Niedrigsteuerrländer werden wichtige Schritte für mehr Steuergerechtigkeit unternommen.
- Eine überproportionale Beteiligung der Kommunen an den Finanzierungskosten des Gesetzes konnte abgewendet werden. Auf diese Weise erhalten wir die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.



Bundestag-TV

BETRIEBSRÄTE

ANGEMESSEN BEZAHLEN

Die Ampel stellt künftig klar, welche Vergütung Betriebsräte bekommen dürfen. Durch ein Urteil sind Rechtsunsicherheiten



Video startet mit
Klick aufs Foto!

entstanden, weshalb Firmen die Vergütung kürzten. Dem haben wir nun einen Riegel vorgeschoben.



FRAUENTAG

NACHLESE ZUM 8. MÄRZ

Zum Internationalen Frauentag am 8. März habe ich ein Video aufgenommen mit einer klaren Botschaft: Kämpft mit für Frauenrechte!



Video startet mit
Klick aufs Foto!

Denn Frauenrechte sind nicht einfach da. Sie sind hart erkämpft. Das wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus der Geschichte doch am besten! Wir müssen aber gar nicht zu weit zurück blicken. So ist beispielsweise

- erst seit acht Jahren sexuelle Belästigung strafbar
- und erst seit zwei Jahren dürfen Ärztinnen und Ärzte legal über Schwangerschaftsabbrüche informieren.

Wir müssen Frauenrechte stärken, denn Frauen werden weiter benachteiligt, wie ihr im Video hören könnt.

Gemeinsam gilt es, Frauenrechte zu verteidigen, denn Rechtsextreme wollen die Zeit zurückdrehen und Frauenrechte abschaffen! Deshalb: Kämpft mit für Frauenrechte. Nur so machen wir unsere Demokratie stark und unsere Gesellschaft gerecht.



LOHNLÜCKE

EQUAL PAY DAY & GENDER PAY GAP

Der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern liegt im vierten Jahr in Folge unverändert bei durchschnittlich 18 Prozent. Darauf macht der Equal Pay Day aufmerksam. Das Datum für den Aktionstag hängt dabei von der Größe der Lohnlücke ab: Bis zum 6. März arbeiteten Frauen in Deutschland 2024 sozusagen ohne Lohn, Männer hingegen bekamen ab dem 1. Januar ihr Geld.

Grund für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist nicht nur, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Berufen arbeiten, seltener Führungspositionen übernehmen und öfter in Teilzeit gehen. Auch bei vergleichbarer Qualifikation, Tätigkeit und Position klafft eine Lücke. Der sog. bereinigte Gender-Pay-Gap liegt bei 6 Prozent. Beides ist so nicht hinnehmbar. Eine Menge kann und muss getan werden. Gesetzliche, tarifliche und betriebliche Rahmenbedingungen dürfen nicht auf einem veralteten Frauenbild und Rollenklischees aufbauen, das ist unser Job. Die partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit müssen die Partner miteinander regeln.



Bernd Rützel

RENTE

ENDLICH IN OST UND WEST GLEICH

Zum 1. Juli 2024 steigen die Renten um 4,57 Prozent. Damit liegt die Steigerung deutlich über der Inflationsrate. Erstmals seit der Deutschen Einheit ist die Rentenerhöhung in Ost und West gleich hoch. Die Erhöhung ist außerdem für ganz Deutschland bereits im dritten Jahr in Folge oberhalb von 4 Prozent. Gleichzeitig treten zum 1. Juli Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner in Kraft, die Erwerbsminderungsrente beziehen.

Die deutliche Erhöhung der Renten verdanken wir dem starken Arbeitsmarkt und den guten Lohnabschlüssen. Es geht aber weiter: Damit die Rente auch zukünftig für alle verlässlich bleibt, die heute arbeiten und fleißig sind, stabilisieren wir mit dem Rentenpaket II die gesetzliche Rente dauerhaft und sorgen dafür, dass niemand länger arbeiten muss. Mit unserer Politik stehen wir für die arbeitende Mitte in diesem Land und kümmern uns um die, die jahrzehntlang gearbeitet haben.

Für eine Standardrente bei durchschnittlichem Verdienst und 45 Beitragsjahren bedeutet die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2024 einen Anstieg um 77,40 Euro im Monat.



© Paul Alexander Probst

Paul Alexander Probst

VORURTEILE

WELT-DOWN-SYNDROM-TAG

Der Welt-Down-Syndrom-Tag 2024 stand unter dem Motto #EndTheStereotypes – „Schluss mit den Vorurteilen“.

Allzu oft urteilen wir über Menschen mit Behinderung, ohne zu wissen, wie sie und ihr Leben wirklich sind. So machen sich Vorurteile breit, die für die Betroffenen häufig verletzend sind.

Mit zwei unterschiedlichen Socken an den Füßen als Symbol für den Welt-Down-Syndrom-Tag wollen wir als SPD-Fraktion die Öffentlichkeit für Menschen mit Down-Syndrom sensibilisieren.

Mehr zum Thema unter www.ds-infocenter.de

KURZ & KNAPP

TERMINE IM MÄRZ



Edith u. Bernd Rützel

JUBILÄUM IN RIENECK

Der Kommersabend zum 50. Jubiläum der Rienecker Musikanten und 40 Jahre Musikverein Rieneck war eine gelungene Veranstaltung. Vom 9. bis 12. Mai findet das große Jubiläumsfest statt. Ich danke dem Musikverein Rieneck e.V., dass ich erneut die Schirmherrschaft für das Jubiläumsfest übernehmen durfte.

STAATLICHES BAUAMT



Büro Halbleib

Gemeinsam mit MdL Volkmar Halbleib war ich vor kurzem wieder beim Staatlichen Bauamt Würzburg, um mich zu den aktuellen Projekten in unserer Region zu informieren. Unsere Straßen und die Infrastrukturentwicklung sind Dauerthemen, zu denen wir uns regelmäßig austauschen. Diesmal galt es auch, den neuen Bereichsleiter Straßenbau, Rüdiger Köhler (im Bild links unten, neben mir), kennen zu lernen. Mit dabei war auch Abteilungsleiter Jan Voll (2. v.l.).



Bernd Rützel

HISTORISCHES SELFIE

Zweimal Parlamentsgeschichte auf einem Selfie mit mir: Willkommen Heike Heubach, Ade Uli Grötsch. Heike ist gehörlos und Uli ist der neue Polizeibeauftragte. Beides gab es im Deutschen Bundestag bisher noch nie. Weil Uli aufgrund seines neuen Amtes aus dem Bundestag ausscheidet, rückt nun Heike nach. Sie stand 2021 als Augsburgener Kandidatin auf Platz 24 unserer SPD-Landesliste Bayern und ist nun die erste gehörlose Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Auf gute Zusammenarbeit, liebe Heike! Und herzlichen Glückwunsch, lieber Uli!

KURZ & KNAPP

TERMINE IM MÄRZ



DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG

Auf Einladung von Gundula Roßbach, der Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung, war ich mit einigen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales bei unserem jährlichen Informationsaustausch. Dabei blicken wir auch über den Tellerrand und haben uns diesmal das österreichische Rentensystem genauer angeschaut.

DGB-SENIORENBEAUFTRAGTER

Bereits Ende Februar hat mich Klaus Beck, der Seniorenbeauftragte des DGB, in meinem Berliner Büro besucht. Seine Themen reichen von gesellschaftlicher Teilhabe über Rente bis zu Digitalisierung. Er setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Seniorinnen und Senioren berücksichtigt werden. 1,2 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sind Rentnerinnen und Rentner oder in Pension. Sie waren oft ihr ganzes Berufsleben - und darüber hinaus - Gewerkschafts-



mitglieder. Unser Einsatz gilt auch ihnen und ihren Interessen.

#WIRFAHRENZUSAMMEN



Busse und Züge fahren nicht von selbst. Sie müssen gelenkt werden – von Menschen, die gute Arbeitsbedingungen verdienen. Dafür arbeiten wir gemeinsam mit ver.di und darüber haben wir uns im Würzburger SPD-Haus ausgetauscht mit (v.l.) Sinan Öztürk (stellvertretender Landesleiter ver.di), Volkmar Halbleib (SPD-MdL), Marietta Eder (Geschäftsführerin ver.di Schweinfurt) und Jakob König (Verkehrsbetriebe Schweinfurt). Willst auch Du einen gut ausgestatteten ÖPNV, dann unterstütze die Petition #WIRFAHRENZUSAMMEN. Alle Infos dazu gibt es unter wir-fahren-zusammen.de

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Hüttenwanderung und Almenglück, Waldbaden und Biergarten, Kulturgenuss und Festlaune: Der Tourismus in Bayern ist zurück, das beliebteste Urlaubsland Deutschlands schreibt seine Erfolgsgeschichte fort.

Endgültig überwunden ist die Flaute der Coronajahre: Inzwischen liegen die Übernachtungszahlen mit mehr als 100 Millionen praktisch wieder gleichauf mit dem Rekordjahr 2019. Und auch die Aussichten auf die anstehende Urlaubssaison stimmen optimistisch.

Auf der Reisefachmesse ITB in Berlin präsentierten die bayerischen Regionen und Branchenakteure jetzt eine Kostprobe ihres breit gefächerten Angebots. Mich haben die bunte Vielfalt, die Innovationsfreude und der Optimismus, die mir überall am Messestand begegnet sind, wirklich beeindruckt.

Und natürlich habe ich mich auch mit den Preisträgern des neu ausgelobten bayerischen Tourismuspreises gefreut. Einer davon ist Dietmar Holzapfel, der für sein Lebenswerk gewürdigt wurde. Der Wirt des Traditionshotels „Deutsche Eiche“ in München hat sein Haus über die Jahre zu einem internationalen Hotspot der LGBTQ-Szene gemacht – und sich lebenslang für Toleranz und Vielfalt stark gemacht.

Auch die Projekte der Preisträgerin Julia Staudinger,

die den Bauernhof ihrer Großmutter in ein Feriendomizil umgebaut hat und auf Nachhaltigkeit und Regionalität setzt sowie jenes von Nico Cieslar, der als Forchheimer Tourismusmanager einen „Walk of Beer“ präsentiert, zeigen beispielhaft, wie innovativ und originell die Reisebranche in Bayern bereits aufgestellt ist.

Diesen Innovationsgeist weiter zu stärken und die Rahmenbedingungen für einen modernen, zukunftsfähigen und nachhaltig ausgerichteten Tourismus weiter zu verbessern, muss auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe der Politik sein.

Eine starke Tourismuswirtschaft kommt schließlich allen zu Gute. Immerhin sichert die Branche über eine halbe Million Arbeitsplätze – viele davon in strukturschwachen, ländlichen Regionen.

Und ohne Frage profitiert die einheimische Bevölkerung, wenn das Gastgewerbe vor Ort floriert, Cafés und Wirtshäuser belebt sind und es im Einzelhandel rund läuft. Wenn Wanderwege beschildert werden, neue Freizeitangebote entstehen und die Verkehrsanbindungen verbessert werden, haben alle etwas davon.

Als tourismuspolitische Sprecherin meiner Fraktion setze ich mich deshalb ganz besonders für eine Stärkung des verantwortungsvollen, nachhaltigen und zukunftsweisenden Tourismus in Bayern ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buengerbuero@martina-fehlner.de